

Einleitung

Als die neue Bundesrepublik entstand, wurde der Tag des Inkrafttretens des Grundgesetzes in den neuen Bundesländern (3. Oktober) zum Nationalfeiertag erhoben. Es handelt sich dabei um ein ziviles Bezugsdatum, das 1990 mit einer Einheitsfeier begangen wurde. Es ist ein positiv besetztes Datum, das in der kollektiven Erinnerung weder Siegestaumel noch Verlustnarrative evoziert. Das seitdem jährlich in einer anderen Stadt gefeierte zentrale Bürgerfest hat weder einen pathetischen noch einen überzogen nationalen Charakter, sondern betont den Föderalismus, den Pluralismus und die Weltoffenheit. Als Feiertag einer demokratischen und pluralen Gesellschaft hat er mit Hurra-Patriotismus und Feindabgrenzungen nichts zu tun. Der Feiertag ist in der Gesellschaft angekommen, wird aber als Erinnerungsakt eher hingenommen denn herbeigesehnt. Hier steckt eine Problematik der politischen Feierkultur in einer Demokratie: Der reflexive, distanzierte, kognitiv und emotional ausgewogene Umgang mit einem Gedenktag und seinen Riten ist schwierig, da es für eine demokratische Feierkultur in einer pluralistischen Gesellschaft treffende Gedenkanlässe, Differenzierung und eine rational geprägte Zugangsweise braucht. Es wird keine distanzlose Identifikation angestrebt, sondern die Identifikation soll mit einer kritischen Reflexion verbunden sein. Vertreter:innen gegenwärtiger populistischer Strömungen möchten diese Gedenkkultur verändern. Sie streben eine „erinnerungspolitische Wende“ an: „Wir brauchen eine Erinnerungskultur, die uns vor allen Dingen und zu allererst mit den großartigen Leistungen der Altvorderen in Berührung bringt.“¹ Hier blitzt eine andere Geschichtspolitik auf, nämlich eine, die Helden verehren möchte, die definiert, wer zu „uns“ gehört und die „Großartigkeit“ nationaler Geschichte gegen eine differenzierte Einschätzung stellt. Gedenktage sind für solche Umdeutungen geeignet, da ihnen eine „eingeborene Anfälligkeit für historische Unvernunft“² immanent ist. Gedenkrituale können emotional überwältigen, Personen sind

¹ Der Politiker der Alternative für Deutschland (AfD) Björn Höcke in einer Rede in Dresden am 18. 1. 2017. <https://www.zeit.de/news/2017-01/18/parteien-die-hoecke-rede-von-dresden-in-wortlaut-auszuegen-18171207> (aufgerufen 3. 5. 2022)

² Bergmann, Klaus: Gedenktage, Gedenkjahre. In: Klaus Bergmann u. a. (Hrsg.): Handbuch Geschichtsdidaktik. 5. überarb. Aufl. Seelze-Velber: 1997. S. 758–767. Zitat S. 766.

anfällig für Identifikationsangebote, die Zugehörigkeit zu einem herausgehobenen Kollektiv versprechen, Feindbilder sind schnell reaktiviert. In dieser Zeit wird Symbolpolitik zu einem Gebiet, das für Umdeutungen genutzt wird, die grundsätzliche Veränderungen des demokratischen Konsenses bewirken sollen. Diese Versuche von Umdeutungen sind auch in anderen europäischen Ländern zu beobachten.

In Polen lassen sich mit der Regierungsübernahme durch die Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) seit 2015 mehrere Beispiele für eine Neuinterpretation der Nationalfeiertage und für tiefe Eingriffe in das „Pantheon der Helden“ aufzeigen. Diese Neuinterpretationen sind jedoch keine völlig neuen Phänomene, denn auch in anderen Phasen der Existenz des polnischen Staates fanden Umdeutungen statt: in der Zeit zwischen den Weltkriegen 1918–1939, in der Zeit der Volksrepublik Polen (1945–1989) sowie in der Zeit des Systemwandels, der durch den Runden Tisch im Jahr 1989 eingeleitet wurde. Der englische Historiker Norman Davies schrieb dazu treffend: „Geschichte und Politik sind seit Anbeginn der Welt oder zumindest seit dem Moment, der auf sie folgte, untrennbar miteinander verbunden“.³

Es ist daher kein einmaliges Phänomen, dass politische Kräfte zur Durchsetzung ihrer Ziele versuchen, ihre eigene Haltung zur Vergangenheit neu zu definieren und zu bestimmen, welche Ereignisse in der Erinnerung bewahrt werden und welche in Vergessenheit geraten sollen. Allerdings sind die Methoden der Geschichtspolitik und der Umgang mit abweichenden erinnerungskulturellen Vorstellungen bei den verschiedenen politischen Kräften höchst unterschiedlich. Von populistischen Strömungen wird Geschichtspolitik z. B. mit einer Priorität versehen, so auch in Polen.

Für die Zeit seit 2015 betreffen die Neuinterpretationen insbesondere die Erinnerung an die Nachkriegszeit (1945–1989), die als Zeit der Knechtschaft und manchmal sogar als Zeit der sowjetischen Besatzung angesehen wird. Ein Symbol für diese Position ist die Namensgebung Polens, die die Nachkriegszeit begrifflich ausschließt und die offensichtliche Tendenz, alles zu verunglimpfen, was mit dieser Zeit verbunden ist. Nachdem Polen 1918 seine Unabhängigkeit wiedererlangt hatte, wurde es die Zweite Republik genannt. Das neue Polen nach den Umbrüchen von 1989 erhielt den Namen Dritte Republik. Die Jahre 1945–1989, die Zeit des Bestehens der Volksrepublik Polen, wurden einerseits dem historischen Vergessen anheimgestellt, während gleichzeitig eine politische Abrechnung mit der Volksrepublik Polen stattfand, wobei als integraler Bestandteil ihre Darstellung als Gefängnis oder als einen ausschließlich durch die kommunistische Doktrin geprägten Staat festzustellen ist. In diesem Zusammenhang wurden Elemente der polnischen Nachkriegsvergangenheit neu interpretiert oder neu in den Mittelpunkt gerückt. In ihren Programmklärungen positionieren sich die PiS-

³ Davies, Norman: Europa. Między Wschodem a Zachodem, Kraków 2007, S. 287.

Mitglieder nicht nur in klarer Opposition zur kommunistischen Zeit, sondern auch zur Politik ihrer politischen Gegner aus der Zeit nach 1989. Sie kritisieren die Praktiken der Behörden der Dritten Republik und fordern, den Einfluss von Institutionen oder Kreisen, die aus Volkspolen stammen, zu beschneiden. So fordern sie einen Bruch mit den Überbleibseln der Volksrepublik Polen und behaupten, dass „die negative Auswahl der kommunistischen Zeit in der Dritten Republik weitgehend erhalten geblieben ist“⁴. Mitglieder der PiS beschuldigen ihre politischen Gegner, alte Loyalitätsstrukturen und Verbindungen aus der Zeit des Kommunismus zu nutzen. Bezüglich der Aktivitäten der Opposition schreiben sie, dass es sich um „diskreditierte Praktiken handelt, die aus der PRL bekannt sind“.⁵

Zu der Neuinterpretation der Erinnerung gehört auch die Veränderung der Stellung der wichtigsten politischen Kräfte zu Feiertagen und Helden, die für die Geschichte und die Nation Polens wichtig sind, wie der Unabhängigkeitstag (11. November) oder der Tag der Konstitution (3. Mai). Die regierenden Kräfte der PiS-Partei versuchen gleichzeitig ihre eigenen Vorstellungen von Nationalhelden durchzusetzen, z. B. durch die Etablierung eines Kults für die „verstoßenen Soldaten“, die nach dem Zweiten Weltkrieg gegen die kommunistische Machtübernahme weiterkämpften.⁶ Sie beeinflussen auch die Art und Weise, wie die Gedenktage begangen werden und haben die praktische Inbesitznahme des Unabhängigkeitstages durch rechte Kräfte nicht verhindert. Man kann also mit Peter Steinbach wiederholen, dass „die Geschichte offenbar zu einem politischen Element geworden ist.“⁷ Die Einstellung zur Vergangenheit spaltet und polarisiert in Polen nicht nur die Politiker, sondern auch die Gesellschaft. Dies steht in sichtbarem Widerspruch zu der einigenden Idee von nationalen Feier- und Gedenktagen. Neuinterpretationen von Gedenktagen können also gesellschaftlichen Sprengstoff enthalten, sie verweisen auf Friktionen innerhalb der Gesellschaft und auf sich ändernde politische Machtverhältnisse.

Auch in Ungarn zeigen sich ähnliche Tendenzen wie in Polen. Auch hier sind Geschichte und Traditionen ein Element der politischen Einstellung. Gleichzeitig gibt es viele historische Ereignisse, deren Interpretation gesellschaftlich umstritten ist. Einige befinden sich im Prozess des kollektiven Vergessens oder in einem Prozess der Uminterpretation. Der kommunistische Putsch von 1948, die Proteste von 1956 und ihr Erbe, die „schlafende Gesell-

⁴ Zaborski, Marcin: *Przeszłość, pamięć, historia. Wizja polityki historycznej w programie politycznym PiS*, in: *Pomiędzy jubileuszami. Polityka historyczna w polskoniemieckiej codzienności*, Klaus Ziemer, Joanna Andrychowicz-Skrzeba (Hrsg.), Warszawa 2017, S. 110.

⁵ Ebenda.

⁶ Vgl. die Artikel von Marcinkowski und von Degner in diesem Band.

⁷ Steinbach, Peter: *Symboliczne formy pamięci*, in: *Przegląd Zachodni* 1/2000, S. 40–51, hier S. 41.

schaft“ der 1960er und 1970er Jahre (unter János Kádár) sind solche Ereignisse. Ohne Zweifel werfen auch die Ereignisse der Zwischenkriegszeit nicht nur Interpretationsprobleme auf, sondern sind vor allem emotional geprägt: Was ist von der Republik von 1918, der Ungarischen Räterepublik von 1919, dem Horthy-Regime oder der Position Ungarns im Zweiten Weltkrieg zu halten?⁸

Ein interessantes Beispiel für eine Neuinterpretation der Ereignisse von 1956 seit der Regierungsübernahme von Viktor Orbán (durchgängig seit 2010) ist die sukzessive Verringerung der Bedeutung von Premierminister Imre Nagy, der 1953 den Reformkurs einleitete und später die Neutralität Ungarns und den Austritt aus dem Warschauer Pakt verkündete. Während der Regierungskampagnen, die für die Jubiläumsfeierlichkeiten 2016 warben, wurde Nagy nicht erwähnt, da er als Kommunist nicht in den Freiheitsaufstand passte. Auf den überall in der Stadt aufgehängten Plakaten sah man nur die jungen Gesichter der Pesti Srácok, der Jungen und Mädchen, die an den Protesten teilnahmen. Ein weiteres Beispiel für eine Verschiebung des historischen Schwerpunkts ist die Interpretation der Zeit von Mitte der 1930er Jahre bis zur Wende 1990. In Regierungskreisen besteht die Tendenz, die Rolle Ungarns an der Seite Hitlers bei den Ereignissen des Krieges im Osten und des Holocausts herunterzuspielen. Zugleich werden die Ereignisse seit März 1944 besonders hervorgehoben, als die Ungarn ihren Gehorsam gegenüber dem Dritten Reich aufkündigten. Die Zeit von 1945 bis 1990 wird nicht selten als unwürdig für Ungarn bezeichnet, weil sie eine Manifestation der „Tyrannei“ war, die durch die „ausländische Besatzung“ auferlegt wurde. Ein Element, das darauf abzielt, die Nation zu vereinen, ist die Erinnerung an das Trianon-Abkommen von 1920, d. h. an den Friedensvertrag Ungarns mit den Entente-Staaten. Damals gingen zwei Drittel der Bevölkerung des ehemaligen Königreichs Ungarn verloren und ebenso viel Territorium, darunter Siebenbürgen und Kroatien mit Zugang zum Meer. Es ist daher kein Zufall, dass eine der ersten Entscheidungen Orbáns nach seiner Machtübernahme im Jahr 2010 darin bestand, einen neuen Feiertag einzuführen, den Tag der nationalen Einheit, der auf den 4. Juni fällt – den Tag, an dem der Vertrag unterzeichnet wurde.

An den knappen Beispielen aus den drei Ländern ist mehreres deutlich geworden: Die grundsätzliche Ausrichtung einer Regierung (liberalpluralistisch oder populistisch) hat großen Einfluss auf ihre Geschichtspolitik. Populistisch ausgerichtete Regierungen wie in Polen und in Ungarn versuchen über ihre Gedenkpoltik eine grundsätzliche Neuausrichtung der Interpretation der Vergangenheit in der Gesellschaft durchzusetzen und diese als alleingültige zu verankern. Dazu dient auch eine Neuausrichtung oder eine

⁸ Brzeziński, Szymon: Wybory i pomniki. Historia i polityka na Węgrzech, Nowe Kryteria, 2008/1, S. 89–90.

Neueinrichtung von Gedenktagen. Helden, nationale Größe, Identifikation und Emotionen spielen bei den Gedenkreden auf Feiern eine große Rolle. Gedenktage sind ein Element einer umfassenderen Geschichtspolitik, die über einen veränderten Blick auf die Vergangenheit eine andere Zukunft formen möchte. Davon bleibt auch die Schule nicht unberührt. In Lehrplänen und Schulbüchern zeigt sich das Geschichtsverständnis der Erwachseneneneration. Es ist eben ein Unterscheid, ob die Einsicht in die „eingeborene Anfälligkeit für historische Unvernunft“ (Klaus Bergmann) von Gedenktagen als Ziel des Geschichts- und Politikunterrichts oder aber ob eine distanzlose Identifikation mit den „Helden“ des Gedenkens angestrebt wird. Über die ambivalente Situation von Gedenktagen im Schatten des Populismus und über daraus zu ziehende didaktisch-methodische Konsequenzen wird in diesem Sammelband aus der Sicht unterschiedlicher Länder zu diskutieren sein.

Die diesem Sammelband zugrunde liegende Tagung fand im Herbst 2018 im Butenschoen-Haus in Landau statt. Es waren Historiker:innen, Geschichtsdidaktiker:innen, Politikwissenschaftler:innen und Politikdidaktiker:innen aus Polen, Tschechien, Ungarn und Deutschland angereist. Die Wissenschaftler:innen kamen von der Pädagogischen Universität Krakau, von der Universität Opole, von der Palacký-Universität in Olomouc, von der Universität Pécs und von der Pädagogischen Hochschule Heidelberg. Die Tagung fand im Rahmen eines Projektes statt, das im Rahmen des DAAD/Programm Ostpartnerschaften gefördert wurde.

Das Thema der Tagung war zum Tagungszeitpunkt aktuell und blieb es auch bis zum relativ späten Erscheinen des Sammelbandes. Im europäischen Kontext haben sich die populistischen Strömungen noch verstärkt, für die die Geschichtspolitik und damit auch die Neuausrichtung oder Neueinrichtung von Gedenktagen ein wichtiges Politikfeld zum strategischen Umbau des Staats in ihrem Sinne ist. Nicht alle Tagungsteilnehmer:innen haben ihren Redebeitrag auch als Aufsatz zur Veröffentlichung zur Verfügung gestellt. Die Autor:innen, die in diesem Band schreiben, repräsentieren gleichwohl eine große Bandbreite des Themas – sowohl in inhaltlich-analytischer als auch in didaktischer Hinsicht. Unter den Autor:innen befinden sich etablierte Professor:innen und versierte Hochschuldozent:innen, aber auch Doktorand:innen, die erste Veröffentlichungen aufweisen. Leider sind keine Autor:innen aus Tschechien dabei. Dafür aber jeweils mehrere Autor:innen aus Polen, Ungarn und Deutschland, so dass in diesen Band drei Länderperspektiven eingegangen sind. Sehr unterschiedlich sind sowohl die politischen Rahmenbedingungen in den Ländern und an den Hochschulen. Aber auch die theoretischen und didaktisch-methodischen Grundlagen sind in den Ländern unterschiedlich ebenso wie die schulischen Traditionen. Beim Lesen der Beiträge merkt man, wie national unsere Perspektive und Wahrnehmung noch ausgeprägt ist.

Zu den Beiträgen

Zu Beginn finden sich zwei einführende Beiträge, die die Titelbegriffe des Bandes „aufschließen“. **Małgorzata Świder** stellt sich der Frage, was Populismus eigentlich ist und kann in ihrem Beitrag zeigen, dass das Phänomen nicht neu ist, aber in einer Mediengesellschaft eine spezifische Ausprägung erfährt. Populismus ist nicht mit Rechtspopulismus gleichzusetzen, denn es gibt Populismus als Phänomen in vielen Ausprägungen. **Bettina Degner** arbeitet am Beispiel des deutschen Volkstrauertages, der ursprünglich für das Gedenken an die gefallenen Soldaten des Ersten Weltkriegs eingeführt worden war, die spezifischen Merkmale von Gedenktagen heraus. An diesem Beispiel können einerseits die Veränderungen über Systemwechsel hinweg gezeigt werden, aber auch populistische Einflussnahmen. Im zweiten Teil wird die Einführung in die Didaktik und Methodik von Gedenktagen mit einem Hinweis auf die mit Gedenktagen verbundene „eingeborene Anfälligkeit für historische Unvernunft“ (Klaus Bergmann) problemorientiert aufgezeigt. Auch hier zeigen populistische Tendenzen, dass diese den reflexiv-kritischen Zugang gegenüber emotionalen Zugängen zurückdrängen. **Marek Wilczyński** beschließt den Part der einführenden Beiträge, indem er zeigt, dass es in der Antike von den Sumerern bis zur römischen Kaiserzeit spezifische turnusmäßig stattfindende Feste gab, die Einfluss nehmen sollten auf die Bevölkerung, die Legitimation schaffen und Ablenkung bieten sollten. Er benennt einige Elemente, die dafür typisch sind, z. B. die deutliche Betonung der Identität und Besonderheit des Volks oder aber der Kurzschluss der eigenen Gemeinschaft ausschließlich mit den eigenen Werten und der ruhmreichen Vergangenheit. Hier von Populismus zu sprechen wäre natürlich ein Anachronismus, aber unter „antiken“ Vorzeichen zeigen die Elemente eine entsprechende Tendenz.

Die anschließenden sieben Beiträge widmen sich den Veränderungen der Feierkultur im 20. und 21. Jahrhundert – auch durch populistisches Gedankengut und unter populistischer Einflussnahme. Vier Beiträge widmen sich der polnischen Gedenkpolitik, je ein Beitrag geht auf Ungarn, die Ukraine und auf Deutschland ein.

Aleksandra Trzecielińska-Polus thematisiert, wie die sich verändernde polnische Geschichts- und Erinnerungspolitik in der bundesdeutschen Presse 2017/2018 wahrgenommen wurde. Dazu nutzt sie Zeitungen aus Ost- und Westdeutschland aus einem breiten Spektrum. Die polnische Gedenkpolitik der PiS wird in der deutschen Presse als Umdeutung der Geschichte im Sinne einer selbstreferentiellen Heldengeschichte der polnischen Vergangenheit ohne historische Vielstimmigkeit interpretiert, was z. B. im Umgang mit dem hundertsten Jubiläum des polnischen Unabhängigkeitstages deutlich wurde. In Polen wurde die deutsche Presseresonanz von der regierungsnahen Presse hingegen als einseitig und ideologisch eingefärbt bezeichnet.

Angela Siebold betrachtet die polnische Gedenkpolitik über einen längeren Zeitraum hinweg von der Zeit des Kalten Krieges bis ca. 2015. Sie legt den Schwerpunkt dabei auf das offizielle Erinnern von Vertretern von Staat und Regierung. Durch die längerfristige Kontextualisierung kann sie politische Konjunkturen und Kontinuitäten, aber auch Umdeutungen deutlich markieren. Das geschieht mit Blick auf die großen Themen der polnischen Geschichtspolitik: Polen als Opfarnation, die geopolitische Lage Polens zwischen Deutschland und Russland, die Frage nach der polnischen Zugehörigkeit zu Europa und der geschichtspolitischen Einordnung der Transformationszeit rund um die Zäsur 1989. **Dominik Marcinkowski** setzt sich auseinander mit dem Bild vom idealen polnischen Soldaten, wie es in den Jahren 1947 bis 2018 in der offiziellen Presse präsent war. Er geht dabei der Frage nach, wie das Idealbild des Soldaten mit dem Begehen der Feiertage mit militärischem Charakter zusammenhängt. Er fragt, ob bei einer Modifikation des Soldatenbildes auch die Feiertage in ihrer Bedeutung und in ihren Riten verändert oder gar Feiertage neu eingeführt oder abgeschafft werden. **Maria Reisky** betrachtet die Veränderungen des internationalen Frauentages in der Volksrepublik Polen in Zehnjahresschritten, wirft aber auch einen vergleichenden Blick auf die Gegenwart. Sie kann dadurch eine Entwicklung vom Propaganda-Feiertag für die Heldinnen der Arbeit und beispielhaften Mütter zu lautstarken feministischen Manifestationen zeigen, wobei letztere allerdings auf erheblichen gesellschaftlichen und inzwischen auch politischen Widerstand stoßen.

Der Beitrag von **Renáta H. Prikler** und **Zoltán Huszár** schwenkt auf populistische Aspekte in politischen Reden von drei Diktatoren: Adolf Hitler, Josef Stalin sowie den Ungarn Mátyás Rákosi. Sie machen den Populismus linguistisch fassbar durch die Analyse der Personalpronomina „ich“ und „wir“ in deren Reden. Dabei werden die Häufigkeit der Verwendung und die Funktionen von „ich“ und „wir“ herausgearbeitet. **Martin-Paul Buchholz** betrachtet zwei ukrainische Gedenktage und die dazugehörige ukrainische Geschichtspolitik, wobei sich besonders in der Zeit von 2005–2019 populistische Elemente ausmachen lassen. Für seine Analyse wählt er zwei sehr unterschiedliche Gedenktage: Den Gedenktag für die Opfer des Holodomor, der das Opfernarrativ als Element nationaler Identitätsstiftung in den Mittelpunkt stellt und den Tag des Sieges (Ende des Zweiten Weltkriegs), der das Siegesgedächtnis anspricht und auf die heroischen Leistungen des Volkes verweist. **Nadine Küßner** zeigt am Beispiel der deutschen Gedenkkultur zum Holocaust, wie eine betroffene Minderheit – die Sinti und Roma – von Feierlichkeiten zu Gedenktagen ausgegrenzt wurden und wie Antiziganismus ein Hindernis für eine gemeinsame Gedenkkultur von Mehrheit und Minderheit darstellt.

Die vier didaktischen Beiträge bestreiten zwei ungarische Autorinnen und zwei deutsche Autoren. **Agnes Klein** zeigt in einer kleinen empirischen Untersuchung wie Schülerinnen und Schüler einer fünften Klasse in Ungarn die Nationalfeiertage sehen und wie sie die Feierkultur in der Schule einschätzen. Sie erläutert, wie die staatliche Geschichtspolitik auch die Feier von Gedenktagen in der Schule erfasst und macht Vorschläge für ein kindgerechtes Feiern in einer Erziehung zur Demokratie. **Éva Szederkényi** stellt in ihrem Beitrag Methoden und Angebote vor, die bei der Gestaltung eines Gedenktages in der Schule den von der digitalen Sprache geprägten Kommunikationsstil der Schüler:innen aufgreifen, sie zur Selbsttätigkeit anregen und zu einem intergenerationellen Dialog führen sollen. **Christian Mühleis** sieht den Beutelsbacher Konsens mit seinem Überwältigungsverbot, dem Kontroversitätsgebot und seiner Schüler:innenorientierung als gute didaktische Orientierung – auch in Zeiten des Populismus. Er diskutiert Herausforderungen des Populismus, die auch von Schüler:innenseite in der Schulpraxis vorkommen und zeigt, wie das Überwältigungsverbot im Kontext von Gedenktagen zu reflexivem Innehalten, bewusstem Feiern oder wohlüberlegtem Gedenken führen kann. **Mario Resch** beendet den Band mit konkreten Lernaufgaben nebst Materialien zum Spannungsfeld nationales und/oder europäisches Erinnern an den Ersten Weltkrieg. Er geht über den nationalen Blick hinaus, indem er die Jubiläums-Gedenkfeiern 2018 in England und Frankreich zum Gegenstand nimmt, um die Schüler:innen zum Nachdenken über unterschiedliche Gedenkkulturen und eine europäische Ausrichtung eines Gedenktages zu bringen. Dieser Beitrag ist aus einem anderen transnationalen EU-Projekt entstanden (gefördert aus der Programmlinie Erasmus+), fügt sich aber thematisch gut ein und zeigt, dass das Thema transnationales Erinnern weiter an Bedeutung gewinnt.